

Zu den anstehenden Landtagswahlen am 01.09. hat unser Verband allen im Landtag vertretenen Parteien Fragen zur Zukunft der beruflichen Schulen in Thüringen sowie der Fort- und Weiterbildung gestellt und um Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie zur Behebung des Lehrermangels an den beruflichen Schulen gebeten. Die Fragen und die entsprechenden Antworten hierzu finden Sie nachstehend:

(Stand 27.8.2024)

<p>1. Vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen und dem altersbedingten Ausscheiden unserer Fachkräfte suchen wir nach Ihren Positionen bei der Stärkung und Positionierung der berufsbildenden Schulen in Thüringen. Wie kann unser Erfolgsrezept in der Berufsausbildung, das Duale System, weiterhin erfolgreich sein, wenn berufsbildende Schulen in Thüringen eine unbeachtete Nebenrolle spielen? Hat das heutige System der berufsbildenden Schulen noch Bestand, speziell die Schulformen wie Berufliches Gymnasium, Fachoberschulen, Höhere Berufsfachschulen usw.?</p>	
AfD	<p>Als Reaktion auf sinkende Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen wurde das Berufsschulnetz in Thüringen ausgedünnt. In der Folge hat die Berufsausbildung weiter an Attraktivität verloren, beispielsweise durch längere Wege zu den weniger werdenden Berufsschulen. Die AfD Thüringen stellt sich dieser Entwicklung entgegen. Wir wollen das bewährte Berufsschulnetz erhalten. Die Schulformen der Fachoberschule, beruflichen Gymnasien und höheren Berufsfachschulen gehören für uns dabei untrennbar zusammen, da gerade über den sogenannten zweiten Bildungsweg viele junge Menschen später die Möglichkeit ergreifen und sich weiterqualifizieren bzw. sich umorientieren können. Thüringen braucht gerade im ländlichen Raum ein engmaschiges Netz an Bildungseinrichtungen mit dualen Ausbildungsangeboten. Wir wollen mithilfe eines umfangreichen Maßnahmenkataloges darauf hinwirken, dass mehr junge Menschen den Weg in die (duale) Berufsausbildung beschreiten. Die AfD Thüringen schlägt zum Beispiel vor, die Ungleichbehandlung zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung zu beenden, indem die Meisterausbildung bzw. die Höhere Berufsbildung kostenfrei werden.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen wir die besondere Rolle der dualen Berufsausbildung und damit der berufsbildenden Schulen an. Für uns ist das Zusammenspiel zwischen berufspraktischer und schulischer Berufsbildung essentiell für die Fachkräfteausbildung in Deutschland. Um die berufsbildenden Schulen zu stärken und Planungssicherheit zu bieten, setzen wir uns für eine transparente und gesetzlich festgelegte Berufsschulnetzplanung ein, die den Erhalt des Berufsschulangebots und damit der vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten in ganz Thüringen sicherstellt. Dafür benötigen wir auch die verschiedenen Schulformen berufsbildender Schulen, damit wir den unterschiedlichen Bildungs- und Qualifizierungsbedarfen gerecht werden können. Zusätzlich möchten wir die Berufsschulstandorte perspektivisch zu berufsspezifischen Fach- und Kompetenzzentren weiterentwickeln, die in der Region mit Wirtschaft, Hochschulen und Bildungseinrichtungen vernetzt sind. Dies beinhaltet auch die Weiterentwicklung von Lerninhalten mit Fokus auf Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung.</p>
CDU	<p>Berufsbildende Schulen nehmen aktuell und mit den entsprechenden Rahmenbedingungen auch zukünftig eine zentrale Rolle in unserem Thüringer Bildungssystem ein. Ziel muss es sein, die berufliche Bildung flexibler zu gestalten und regelmäßig an die arbeitstechnischen Erfordernisse und sich wandelnden Berufsbilder anzupassen. Dies ist die Grundlage, damit Kinder und Jugendliche gut auf die aktuellen und zukünftigen Anforderungen vorbereitet werden. Um dies zu gewährleisten, gibt es keinen Königsweg, vielmehr bedarf es vielfältiger Maßnahmen. Ein enger Praxisbezug mit regionalen Netzwerken ist ebenso wichtig wie die allgemeine Anerkennung und die Sichtbarkeit der Berufszweige zu erhöhen. Dazu könnte unter anderem beitragen, die Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren und frühzeitig konkrete Karrierechancen aufzuzeigen. Dazu gehört auch, die Digitalisierung weiter voranzutreiben und Kooperationen mit Unternehmen sowie die</p>

	<p>allgemeine Zusammenarbeit mit der ansässigen Wirtschaft zu intensivieren und die Durchlässigkeit der einzelnen Bildungswege zu verbessern.</p>
DIE LINKE	<p>Die beruflichen Schulen in Thüringen sind gegenwärtig von verschiedenen Prozessen betroffen, die grundsätzliche Fragen zu ihrer weiteren Zukunft aufwerfen. Da ist einmal die demografische Veränderung der Lehrer:innenschaft: viele Fachkräfte, die über Jahre die fachliche Ausbildung an den Berufsschulen getragen haben, gehen in den verdienten Ruhestand, und fachlicher Ersatz steht in sehr vielen Fällen nicht im erforderlichen Umfang und in der erforderlichen Qualität zur Verfügung, weswegen für immer mehr Berufe die Zukunft der Ausbildung bedroht erscheint. Zum Zweiten diversifizieren sich die Strategien der Unternehmen zur Fachkräfterekrutierung. Damit gewinnen andere Wege als die duale Ausbildung an Gewicht. Vor allem aber leiden die Berufsschulen unter einer weiter zurückgehenden Zahl von Schülern, weil sich demografisch und sicher auch kulturell bedingt – immer weniger junge Menschen für eine duale Ausbildung entscheiden, obwohl der Bedarf an Fachkräften im Handwerk, im Handel, in der Industrie, aber auch in den Gesundheits- und Sozialberufen nach wie vor hoch ist. Eine Entlastungswirkung durch migrantische Menschen, die sich einer dualen Ausbildung zuwenden, ist nicht im erhofften Umfang eingetreten. Partei und Fraktion Die Linke stehen nach wie vor zur dualen Ausbildung, die vom Bildungsweg her und von den Ergebnissen für die jungen Menschen als auch für die Betriebe aus unserer Sicht ein gutes und in sehr vielen Fällen erfolgreiches Modell darstellt. Es ist aber nicht zu übersehen, dass wir uns grundsätzlich mit einer Neuaufstellung der beruflichen Schulen auseinandersetzen müssen. Dazu muss die Landespolitik zeitnah Foren schaffen, in denen Expert:innen aus dem Bereich der Schulen, der Wirtschaft, der Wissenschaft sowie aus Politik und Bildungsverwaltung verschiedene konkrete Maßnahmen für eine Neuaufstellung der beruflichen Schulen entwerfen. Dabei stehen für uns auch die bisherigen Schulformen auf dem Prüfstand.</p>
FDP	<p>Aus Sicht der Freien Demokraten muss dem dualen Ausbildungssystem in Thüringen und damit den berufsbildenden Schulen besondere Beachtung zukommen, wenn wir in Zukunft weiterhin qualifizierte Fachkräfte für die Thüringer Unternehmen gewinnen wollen. Wir sehen zugleich, dass Herausforderungen wie der demographische Wandel aber auch die zunehmende Heterogenisierung der Schülerschaft und die Integration von Migranten in Arbeit und Gesellschaft besonders an den Berufsschulen spürbar werden, ohne dass ihnen dafür im Vergleich zum regulären allgemeinen Schulsystem eine besondere Aufmerksamkeit zukommt. Zentrale Aufgabe der Bildungspolitik muss es deshalb sein, das Berufsschulwesen strukturell neu aufzustellen und zu erneuern. Dafür müssen Berufsschulen künftig eigenständiger agieren können, Bürokratie verringert und Personalpotentiale erschlossen werden. Angesichts des Zustandes unserer Bildungsinfrastruktur benötigt es dringend einen Plan für mehr Investitionen in den Berufsschulbau, etwa unter Berücksichtigung von Public-Private-Partnerships (PPP). Die angesprochenen Schulformen spielen eine wichtige Rolle für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems. Daher ist uns an einem Erhalt derselben gelegen. Mit Hinblick auf die demografische Entwicklung sowohl bei der Schülerschaft als auch im Lehrkörper sollte allerdings darüber nachgedacht werden, Gleiches zu bündeln und neue Wege für neue Herausforderungen zu finden. Ziel muss es sein, dass alle jungen Menschen die Möglichkeit haben, einen Ausbildungsberuf zu erlernen und den Grundstein für eine erfolgreiche berufliche Karriere legen können.</p>
SPD	<p>Für die Thüringer SPD spielen die berufsbildenden Schulen keinesfalls „eine unbeachtete Nebenrolle“. Sie sind vielmehr als starke und regional verankerte Partner der dualen Ausbildung für die berufliche Bildung im Freistaat unerlässlich. Wir treten daher dafür ein, auch künftig ein flächendeckendes, ausdifferenziertes, möglichst wohnort- und ausbildungsortnahes Berufsschulnetz zu haben, das die Bedarfe der regionalen Wirtschaft abdeckt und entwicklungssoffen ist.</p>

<p>2. In ganz Thüringen gibt es derzeit nur noch eine Universität, an der man das Lehramt für berufsbildende Schulen grundständig studieren kann, die Universität Jena im Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung. Thüringen ist deshalb darauf angewiesen, Lehrkräfte aus anderen Bundesländern zu gewinnen. Welche konkreten Maßnahmen würden Sie ergreifen, um hier gegenzusteuern, zumal der Altersdurchschnitt der Lehrerkollegien an BBS derzeit bei über 51 Jahren liegt?</p>	
AfD	<p>Es ist nicht hinnehmbar, dass Thüringen auf Dauer nicht in der Lage ist, seinen Bedarf an Berufsschullehrern selbst zu decken. Zudem wird von vielen das bisherige Lehramtstudium in Jena als realitätsfern und nicht praxistauglich empfunden und Studenten fühlen sich teilweise wie „das fünfte Rad am Wagen“. Die Thüringer AfD setzt sich für die Gründung einer Pädagogischen Hochschule für die Lehreraus- und -weiterbildung für Grund-, Regel- und Berufsschullehrer in Thüringen ein. Eine Pädagogische Hochschule bietet die Möglichkeit, Theorie und Praxis angemessener zu verknüpfen und ein Studienangebot zu schaffen, das die angehenden Lehrer besser auf den schulischen Alltag vorbereitet. Zudem kann sie als zentraler Ort für die Qualifizierung von Seiteneinsteigern, die Ausbildung von Berufsschullehrern und die Fort- und Weiterbildung von Erziehern zu Grundschullehrern dienen. Darüber hinaus sollen nach unseren Vorstellungen Handwerks- und Industriemeister durch ein berufsbegleitendes Aufbaustudium nicht nur für den fachpraktischen, sondern auch für den fachtheoretischen Unterricht an Berufsschulen eingesetzt werden können.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Angesichts des Lehrkräftemangels setzen wir uns dafür ein, die Studienkapazitäten für das Lehramt an berufsbildenden Schulen an der Universität Jena und anderen Hochschulen auszubauen. Wir fördern die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und erleichtern die Integration von Lehrkräften aus anderen Bundesländern. Zusätzlich planen wir, das Einstellungsverfahren zu beschleunigen und Qualifizierungsprogramme für Seiteneinsteiger*innen zu professionalisieren.</p>
CDU	<p>Analog zum Lehrkräftebedarf innerhalb des gesamten Thüringer Bildungssystems ist die Fachkräftegewinnung an den berufsbildenden Schulen (BBS) besonders anspruchsvoll. Um mittelfristig genügend Fachpersonal für die BBS zu erhalten, bedarf es, auch im bundesweiten Vergleich, vielfältiger Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem die Stärkung der Berufsschulstandorte und der langfristige Erhalt des gegenwärtigen Berufsschulnetzes. Dies trägt neben konkreten Verbesserungen innerhalb des allgemeinen Berufsbildes zur Steigerung der Attraktivität der generellen Rahmenbedingungen bei. Grundsätzlich gilt es zu prüfen, inwieweit die Eigenständigkeit der einzelnen BBS, auch bei der Personalgewinnung, verbessert werden könnte, um schnell und verhältnismäßig unbürokratisch neue Fachkräfte gewinnen zu können. Außerdem plädieren wir dafür, die jährlichen Ausbildungskapazitäten an der Hochschule zu erhöhen und mittelfristig zu evaluieren, ob weitere Hochschulen für ein Lehramtsstudium in Frage kommen könnten. Zur Minderung des aktuellen Altersschnitts gilt es weiterhin, sich dafür einzusetzen, auch die Zugangshürden für potenzielle Seiteneinsteiger zu senken.</p>
DIE LINKE	<p>Antwort mit Frage 3 zusammen</p>
FDP	<p>Im Vergleich der verschiedenen Alterskurven zwischen den Schulformen besteht besonders an den Berufsschulen ein erheblicher Bedarf, junge und motivierte Lehrkräfte zu gewinnen. Gerade das absehbare Ausscheiden vieler Kollegen in den nächsten Jahren bereitet uns Sorge und gefährdet die Schulqualität in den staatlichen Berufsformen. Gleichzeitig finden nur wenige Interessierte den Weg in ein langes, grundständiges Berufsschulstudium, wenn die entsprechende Fachrichtung überhaupt über ein solches verfügt. Um gegen den Lehrermangel vorzugehen, benötigt es kurz- und mittelfristig unterschiedliche Maßnahmen. Kurzfristig wollen wir Freien Demokraten alle Ressourcen an die Schulen bringen, die zur Verfügung stehen. Dies betrifft insbesondere die Unterrichtsabdeckung durch Projekt- und Honorarkräfte (z.B. aus der Wirtschaft), Seiteneinsteiger oder auch beruflich orientierte, pädagogische Fachkräfte aus der</p>

	<p>Erwachsenenbildung. Bereits im System befindliche Lehrkräfte wollen wir von unterrichtsfremden Zusatzaufgaben entlasten und so auch die Arbeit in Vollzeit attraktiver machen. Mittelfristig benötigt es dringend eine Reform der Lehrerausbildung, die das berufliche Lehramt mitdenkt. Das duale Studium wollen wir schnellstmöglich auch auf Fachbereiche der Berufsschulen ausweiten, zudem wollen wir berufsbegleitende Studiengänge schaffen, um insbesondere aus Wirtschaft und Praxis Lehrkräfte für die Berufsschulen zu gewinnen. Erste positive Ergebnisse gibt es z.B. aus einem entsprechenden Modellstudiengang in Dresden.</p>
SPD	<p>Wir werden prüfen, inwieweit es nur in Thüringen zu deckende zusätzliche Bedarfe im Bereich des Lehramtsstudiums für berufsbildende Schulen gibt.</p>

3. Wie würden Sie die Bedingungen gestalten, um verstärkt junge Menschen für den Beruf des Lehrers an berufsbildenden Schulen in Thüringen zu gewinnen?	
AfD	Wie viele junge Menschen sich dazu entscheiden, Lehrer werden zu wollen, hängt vor allem mit der Attraktivität des Lehrerberufs insgesamt zusammen. Zunächst gilt es, die Lehrer von Zusatzaufgaben, lehrfremden Aufgaben sowie Bürokratie zu entlasten. Konkrete Maßnahmen müssen hier so rasch wie möglich ergriffen werden, denn jedes weitere Abwarten hat eine Verschlechterung der Situation an den Schulen zur Folge. Der Bewerbungsprozess für Lehrer muss weiter gestrafft werden, auch damit Thüringer Bewerber nicht in andere Bundesländer abwandern. Erforderlich ist vor allem eine Ausweitung des Studienplatzangebotes für das Lehramtsstudium in Thüringen. Zudem sollte es ein Stipendium für solche Studenten geben, die sich verpflichten, für eine längere Zeit in einer zugewiesenen Thüringer Schule zu unterrichten. Siehe außerdem Antwort zur Frage 2 (Gründung einer Pädagogischen Hochschule).
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Wir Bündnisgrüne wollen den Schulstandort Thüringen für Lehrer*innen aller Schulformen attraktiver machen. Zum Beispiel durch gute Arbeitsbedingungen, attraktive Aufstiegsmöglichkeiten, durchschnittlich kleine Klassenstärkung sowie eine Entlastung durch multiprofessionelle Teams und pädagogische Assistenzen insbesondere in Schulen mit besonderen Herausforderungen. Außerdem wollen wir daran arbeiten, dass sich wieder vermehrt junge Menschen in Thüringen längerfristig oder sogar dauerhaft niederlassen. Hier kann sich Thüringen auf seine Stärken besinnen: Wir sind familienfreundlich, denn wir haben ein dichtes Angebot an Kinderbetreuung und es gibt vielfältige Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten und um die Natur zu genießen. Finanzielle Anreize wie attraktive Bezahlung und klare Aufstiegsmöglichkeiten sind wichtig. Werbekampagnen und Kooperationen mit Hochschulen sollen das Interesse am Lehrberuf wecken. Moderne Ausstattung und kontinuierliche Weiterbildung in digitalen Technologien sind entscheidend. Flexible Arbeitszeitmodelle sollen Beruf und Privatleben besser vereinbar machen. Durch diese Maßnahmen wollen wir den Lehrberuf an berufsbildenden Schulen attraktiver machen und den Fachkräftemangel langfristig beheben.
CDU	Analog zu den Antworten in Frage 2 halten wir es für essenziell, die Attraktivität des Berufszweigs sowie der Standorte zu erhöhen. Dies impliziert neben einer breiten Öffentlichkeitskampagne für das Berufsbild bereits in den Schulen auch die Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen (BBS). Dazu gehören neben einer wettbewerbsfähigen Besoldung auch moderne und zeitgemäße Ausbildungsstrukturen. Darüber hinaus würden eine Flexibilisierung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, regelmäßige Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote sowie die Einführung von gesundheitsfördernden Programmen als sinnvolle Bausteine dazu dienen, mehr Bewerber für eine spätere Tätigkeit als Lehrkraft an den BBS zu gewinnen.
DIE LINKE	Wir gehen nicht davon aus, dass sich die Situation verbessert, wenn mehr Hochschulen in Thüringen sich an der Ausbildung von Lehrkräften für berufliche Schulen beteiligen. Aus unserer Sicht kommt es viel mehr darauf an, das Lehramt für berufliche Schulen attraktiver zu gestalten und die Zugänge zu flexibilisieren. Dazu gehört für uns, die Bezahlung der Fachpraxislehrer zu verbessern und verstärkt für den Seiteneinstieg zu werben. Wir sind auch dafür, von der allgemeinen Werbekampagne für den Lehrerberuf abgehobene Maßnahmen (spezielle Anzeigen in geeigneten Publikationsorganen, gezieltes Ansprechen geeigneter Personen im Bereich der Wirtschaft) für die Werbung von Menschen für einen Weg in das Lehramt an beruflichen Schulen voranzutreiben.
FDP	Derzeit ist mit Blick auf die demographische Entwicklung eine starke Unwucht im Personalstock an den berufsbildenden Schulen erkennbar. Auf viele ältere Kolleginnen und Kollegen kommen zu wenige junge Menschen nach. Um die Attraktivität des grundständigen Studiums zu steigern benötigt es aus unserer Sicht insbesondere eine Reform der Lehrerausbildung hin zu einem dualen System, d.h. die

	<p>Verschränkung von erster und zweiter Phase der Lehrerbildung. Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Lehrämtern sollte ebenfalls gefördert werden. Darüber hinaus bauen wir weiterhin darauf, berufliche Bildung gemeinsam mit den Unternehmen zu denken und Berufserfahrene weiterhin für die Mitwirkung an der Berufsschule zu gewinnen.</p>
SPD	<p>Um genügend Nachwuchspädagog:innen für die berufsbildenden Schulen zu gewinnen, muss die Berufstätigkeit dort möglichst attraktiv sein. Wir werden daher die bestehenden Einstellungsbestimmungen, Besoldungsregelungen und Karrieremöglichkeiten einer grundlegenden Evaluation unterziehen und gegebenenfalls Nachbesserungen im Sinne der Beschäftigten vornehmen. Attraktivität des Berufsumfelds hat aber auch mit den konkreten Arbeitsbedingungen im Schulbereich zu tun. Hier werden wir das Lehrpersonal der berufsbildenden Schulen durch den Einsatz von Verwaltungsassistenzen deutlich entlasten und die Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung oder das Engagement von Berufsschullehrer:innen bei der Digitalisierung schulischer Bildung stärker als bislang fördern. Dennoch wird Thüringen auch in den kommenden Jahren nicht darum herumkommen, auch weiterhin Quer- und Seiteneinsteiger:innen auch für die berufsbildenden Schulen zu gewinnen und dort zur Sicherung der Unterrichtsabdeckung einzusetzen. Anders wird der Nachwuchskräftebedarf nun einmal nicht zu decken sein. Für uns ist dabei selbstverständlich, dass die neuen Kolleg:innen faire Einstellungsbedingungen, ein gutes Arbeitsumfeld und Entwicklungsperspektiven bekommen – und zwar so, dass dies nicht zulasten des grundständig qualifizierten Lehrpersonals geht, sondern ein sinnvoller Ausgleich der jeweiligen berechtigten Interessenlagen erfolgt.</p>

4. In den letzten Jahren wurden aus Mangal an originär ausgebildeten Berufsschullehrern zunehmend Seiteneinsteiger und NICHT-Fachlehrer eingestellt. Wie wollen Sie der Gefahr einer möglichen Deprofessionalisierung der berufstheoretischen Ausbildung entgegenwirken, zumal die Anforderungen der Thüringer Wirtschaft an die Ausbildung der angehenden Fachkräfte zunehmend steigen?

AfD	<p>Auf Grund des gravierenden Lehrermangels kann momentan auf den Einsatz von Seiteneinsteigern im Schuldienst nicht verzichtet werden. Allerdings müssen die Weiterbildung und Integration der Seiteneinsteiger in den Schulalltag deutlich verbessert werden, um eine hohe Lehrqualität beim Einsatz von Seiteneinsteigern zu gewährleisten. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, dass der Intensivkurs für Seiteneinsteiger auf drei Monate verlängert wird. Dies soll bewirken, dass Seiteneinsteiger zu Beginn ihrer schulischen Tätigkeit besser auf die Herausforderungen des Schulunterrichts vorbereitet sind und sie in die Lage versetzt werden, einen guten Unterricht erteilen zu können. Ziel muss es sein, dass diejenigen, die sich für einen Seiteneinstieg entscheiden, bestmöglich unterstützt werden. Dazu gehört auch, dass ihre Betreuung durch einen grundständig ausgebildeten Fachleiter an der Schule gesichert ist, an der sie unterrichten. Seiteneinsteiger brauchen einen fachlich ausgebildeten Ansprechpartner vor Ort, mit dem sie Probleme direkt besprechen können, damit sie nicht nach kurzer Zeit demotiviert und überfordert aufgeben. Zudem müssen ausreichend Kapazitäten für Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot vorgehalten werden, die so abgestimmt sind, dass sie von den Seiteneinsteigern auch berufsbegleitend besucht werden können. Siehe im Übrigen Antwort zu Frage 3.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Berufsbildende Schulen sind wie andere Bereiche unserer Arbeitswelt von zwei Entwicklungen betroffen. Zum einen dem Geburtenrückgang in Verbindung mit dem Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Berufsleben, was zu einer Verknappung der Ressource „Arbeitskräfte“ führt. Zum anderen, dass Berufsbiografien immer seltener mit nur einer ausgeübten Tätigkeit oder Arbeitgeber*in verbunden sind. Hier braucht es in allen Arbeitsfeldern neue Konzepte der berufsbegleitenden Qualifizierung. Ohne Seiteneinsteiger*innen wird es nicht gehen. Seiteneinsteiger*innen bringen zudem wichtige Erfahrungen aus der Praxis mit. Doch klar ist, dass die Qualität der Lehre und des Unterrichts weiter stimmen müssen. Wir Bündnisgrüne setzen dabei ganz klar auf Nachqualifizierung, aber individueller gestaltet, mit einer stärkeren Verknüpfung mit den Hochschulen und Mentoringprogrammen mit erfahrenen Lehrkräften.</p>
CDU	<p>Der kurz- und mittelfristige Fachkräftebedarf an den berufsbildenden Schulen (BBS) lässt sich nicht allein durch die derzeit tätigen Lehrerinnen und Lehrer sowie die sich im Lehramtsstudium und Referendariat befindlichen Lehramtsstudenten decken. Daher sind Seiteneinsteiger an den BBS nicht mehr wegzudenken. Sie leisten ihren Beitrag, damit die hohen Qualitätsstandards an den Schulen erhalten bleiben. Um Seiteneinsteiger bestmöglich auf diese Tätigkeit vorzubereiten, bedarf es allerdings unter anderem auch einer ausreichenden und realitätsnahen Berufsberatung im Vorfeld sowie adäquater Beratungs- und Unterstützungsangebote innerhalb der Berufseinstiegsphase. Unverzichtbar halten wir zudem die individuelle pädagogische und didaktische Betreuung von Seiteneinsteigern durch Mentoren und regelmäßige Feedbackrunden.</p>
DIE LINKE	<p>An einer Strategie, die Lücken im Lehrkräftebestand auch durch Seiteneinstieg zu schließen, führt kein Weg vorbei, weder an den allgemeinen, noch an den beruflichen Schulen. Der damit verbundenen Gefahr der Deprofessionalisierung, aber auch der Gefahr einer sich verfestigenden fragmentierten Zusammensetzung der Lehrer:innenschaft können wir nur durch berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung begegnen. Die Studienseminare und das THILLM als Hauptträger der berufsbegleitenden Fortbildung der Thüringer Lehrkräfte müssen gemeinsam ihre Angebote und Bemühungen ausbauen. Allen seiteneinsteigenden Lehrkräften sind Qualifizierungsbausteine anzubieten, die bereits in den ersten drei Jahren der Berufstätigkeit berufsbegleitend das Erreichen der</p>

	<p>beruflichen Vollqualifikation ermöglichen. Dafür muss erforderlichenfalls auf einen Teil der Unterrichtsverpflichtung verzichtet werden. Über ein konsequent umgesetztes Mentorenprinzip sollen Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in der Phase des Berufseinstiegs nicht nur mental gestärkt werden, sondern auch wichtige fachliche Inputs erhalten. Die Ermöglichung eines berufsbegleitenden Studiums ist ein weiterer und unserer Meinung nach zukünftig an Bedeutung gewinnender Weg, um Lehrkräfte weitergehend zu professionalisieren.</p>
FDP	<p>Wie bereits unter 3. ausgeführt, soll der Wechsel zwischen den Schularten vor allem in der Sekundarstufe 2 einfacher möglich sein und Gymnasiallehrern die Möglichkeit geben, an der Berufsschule Erfahrungen zu sammeln und in diese spannende Schulart zu wechseln. Wir bleiben aber davon überzeugt, dass Multiprofessionalität und die Einbindung beruflich Erfahrener unter den richtigen Rahmenbedingungen den Unterricht nicht entwertet. Vielmehr schafft die Vielfalt an Perspektiven und Erfahrungen echte Mehrwerte für Schüler und Kollegien auch an den berufsbildenden Schulen. Nichts desto trotz muss sichergestellt werden, dass Seiteneinsteiger einer entsprechende Nachqualifizierung erhalten. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeit der Vorqualifizierung schaffen. Wir wollen den Weg in den Schuldienst öffnen und transparent gestalten. Jedem soll frühzeitig klar sein, welche Anforderungen an für eine vollständige Lehrbefähigung gestellt werden und entsprechende Qualifizierungsangebote dann auch schaffen. Es darf uns nicht wieder passieren, dass Kolleginnen und Kollegen, wie die Fachpraxislehrer, trotz jahrelanger Erfahrung und trotz absolvierter Nachqualifizierungsmaßnahmen niemals auf gleicher Stufe ankommen wie ihre grundständig studierten Kollegen. Für eine bessere Qualifizierung von Seiteneinsteigern schlagen wir neben der im Landtag beschlossenen Einführung einer verlängerten Qualifikationsphase die Etablierung eines berufsbegleitenden Studiengangs vor. Personen, die an die Schule kommen wollen, erhalten so die Möglichkeit, bereits in der Berufstätigkeit pädagogische Kenntnisse aufzusatteln. So verbessern wir die Qualifizierung von Seiteneinsteigern und entlasten die Kollegien, die aktuell stark in die Nachqualifizierung eingebunden sind. Neue Lehrkräfte wollen wir, wie in jedem modernen Unternehmen, durch einen Onboarding-Prozess zusätzlich unterstützen und einen stufenweisen Einstieg in den Beruf etablieren.</p>
SPD	Vgl. Antwort Frage 3

<p>5. Die Anforderungen an unsere Kolleginnen und Kollegen aus den berufsbildenden Schulen werden immer vielfältiger und werden weiter steigen (Inklusion und Integration, Digitalisierung, Anforderungen der Wirtschaft, heterogenen Klassen usw.) Um diese zu meistern, benötigen sie regelmäßig entsprechend notwendige Fortbildungen. Die Pflicht zur Fortbildung ist auch in der Lehrerdienstordnung verankert. Wie kann trotz Lehrermangel und drohendem Unterrichtsausfall die Teilnahme an notwendigen Fortbildungen durch die Lehrkräfte zeitlich (Freistellung vom Unterricht) und finanziell ermöglicht werden, um die Qualität der Ausbildung aufrecht zu erhalten?</p>	
AfD	<p>Fortbildungen sind wichtig, damit Lehrer neuen Anforderungen, die auf sie zukommen, gerecht werden können. Oftmals scheidet es aber schon daran, dass die entsprechenden Fortbildungsangebote fehlen oder diese zeitlich nicht mit dem Arbeitsalltag in Einklang gebracht werden können. Die Thüringer AfD setzt sich auch deshalb für die Gründung einer Pädagogischen Hochschule in Thüringen ein, die auch als „Dreh- und Angelpunkt“ für die Fort- und Weiterbildung von Lehrern dienen soll. Es sollen Angebote geschaffen werden, die von den Lehrern auch unkompliziert angenommen werden können, zum Beispiel verstärkt in Ferienzeiten und in den einzelnen Landkreisen, um die Fahrtwege für die Lehrer zu minimieren.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Die Anforderungen an Lehrkräfte steigen immer weiter und sie stehen Herausforderungen gegenüber, die in ihrer Ausbildung noch nicht absehbar waren. Außerdem werden immer mehr Querschnittsthemen wie Medienbildung, politische Bildung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung wichtig. Lehrer*innen darf man mit diesen Herausforderungen nicht alleine lassen, sondern es muss ihnen ermöglicht werden, sich über Fortbildungen mit diesen Themen gezielt auseinanderzusetzen. Auch in Zeiten knappen Personalbesatzes muss dies möglich sein, um die Qualitätsentwicklung der Schulen voranzutreiben und die persönliche Weiterbildung zu ermöglichen. Dazu gehören Freistellungen ebenso wie finanzielle Anreize. Gerade dafür, aber auch für Krankheitsfälle oder zeitweise unbesetzte Stellen, wollen wir eine echte Vertretungsreserve einführen. Der Unterricht könnte dabei durch eine 110-prozentige Personalausstattung sichergestellt werden.</p>
CDU	<p>Regelmäßige Fort- und Weiterbildungen sind unverzichtbar für einen modernen und zeitgemäßen Unterricht der Lehrkräfte. Um dies auch unter den aktuellen Rahmenbedingungen des Fachkräftemangels zu ermöglichen, bedarf es einer Stärkung der Eigenständigkeit der berufsbildenden Schulen (BBS). Ziel muss es sein, im Rahmen der jeweiligen Erfordernisse in den BBS die individuellen Bedürfnisse der Lehrkräfte besser berücksichtigen zu können und Modelle zu entwickeln, wie diese auch trotz der Unterrichtsverpflichtungen ausreichend Fort- und Weiterbildungen im Rahmen der Lehrerdienstordnung wahrnehmen können. Darüber hinaus plädieren wir auch im Sinne der Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen für eine höhere Budgethoheit, um beispielsweise die Fort- und Weiterbildungen individuell, unbürokratisch und verwaltungsarm für die Lehrkräfte gestalten zu können.</p>
DIE LINKE	<p>Die Qualitätssicherung der pädagogischen Arbeit ist ein ebenso wichtiges Ziel auch in einer Zeit der Ressourcenknappheit und darf nicht zurückgestellt werden. Die Linke Thüringen tritt seit längerem dafür ein, die in der Lehrerdienstordnung verankerte allgemeine Fortbildungspflicht für Lehrkräfte durch einen konkreten Stundenumfang zu untersetzen, wie das auch in anderen Bundesländern gehandhabt wird. Ein Teil dieser Zeit sollte durch die Lehrkraft nach individuellen Schwerpunkten selbst gefüllt werden können, für einen anderen Teil hat der Arbeitgeber Sorge zu tragen. Für die arbeitgeberbezogenen Weiterbildungsanteile sind u.E. prinzipiell keine Teilnahmegebühren zu erheben. Gleichzeitig müssen weitere Schritte zur Ausprägung multiprofessioneller Teams auch und gerade an den Berufsschulen beschritten werden. RotRotGrün hat hier mit dem Ausbau der Schulsozialarbeit (mehr als verdoppelt seit 2015), den neuen Assistenzstellen, die auch an beruflichen Schulen zum Einsatz kommen, und der Flexibilisierung der Richtlinie für den Seiteneinstieg wichtige Schritte unternommen.</p>

FDP	<p>Die steigenden Anforderungen, die nicht nur den Unterricht, sondern auch eine hohe Anzahl außerunterrichtlicher Aufgaben betreffen, werden aus unserer Sicht im Rahmen der bestehenden Fortbildungsarchitektur in Thüringen unzureichend berücksichtigt. Wir wollen deshalb die Aufgaben des ThILLM neu ordnen, den Fortbildungskatalog insbesondere mit Hinblick auf Digitalität modernisieren und externe Angebote (z.B. Führungskräfte-seminare für Schulleitungen) unkomplizierter anrechnen. Qualitätsverbesserung muss aber auch vor Ort gestärkt werden. Wir wollen deshalb im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule die Mittel für schulinterne Fortbildungen deutlich erhöhen. Dadurch können Angebote vor Ort geschaffen und zeitintensive Anfahrtswege vermieden werden. Zeit für schulinterne Fortbildungen, Fortbildungsmaßnahmen im Allgemeinen und auch Schulentwicklung muss eine stärkere Rolle in der Planung des Schulalltag spielen. Wir wollen die Arbeitszeitdefinition von Lehrkräften auf den Prüfstand stellen und sicherstellen, dass mehr Zeit für Entwicklung von Unterrichts- und Schulqualität eingeräumt werden kann.</p>
SPD	Vgl. Antwort Frage 3

<p>6. Im Rahmen der Digitalisierung sind beträchtliche Gelder investiert worden, vorrangig in materielle Ausstattung der Schulen. Auch müssen Lehrkräfte in vielen Schulen Ihre wertvolle Arbeitszeit für die Betreuung von Computertechnik „vergeuden“. Wie wollen Sie die entsprechenden Folgekosten und -ressourcen (technischer Support, Qualifizierung der Lehrkräfte im Umgang mit dem neuen pädagogischen Konzept, notwendige Lizenzen etc.) sicherstellen?</p>	
AfD	<p>Die Digitalisierung der Thüringer Schulen erfolgte in den letzten Jahren überstürzt und planlos. Insbesondere die Fragen, in welchem Umfang die Digitalisierung des Unterrichts pädagogisch sinnvoll ist, wurde nicht gestellt. Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Bevor mit der Digitalisierung begonnen wurde, hätte eigentlich von Seiten des ThILLM (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien) in Zusammenarbeit mit den Fachlehrern eine Analyse durchgeführt werden müssen, in welchen Fächern und für die Vermittlung welcher Lehrinhalte der Einsatz von digitalen Medien sinnvoll ist. Dies muss nun schleunigst ermittelt werden. Anhand dessen müssen den Lehrern Informationen über Programme, Lehrmaterialien und Simulationen gegeben werden, die sie rechtssicher verwenden können. Auch die entsprechenden Lizenzen dafür müssen zentral über das ThILLM beschafft und verwaltet werden. Die Wartung und der technische Support dürfen nach unserer Auffassung nicht den Lehrern zusätzlich aufgebürdet werden. Das Land muss die Schulträger finanziell unterstützen, damit analog zu den Schulverwaltungsassistenten auch Personal für die technische Betreuung bereitgestellt werden kann.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Das Land ist in der Verantwortung für die Schulen Thüringens Bedingungen schaffen, damit sie vielfältig, kooperativ und auch digital aufgestellt sind. Die bisherigen Investitionen in die Digitalisierung der Schulen waren richtig und wichtig, aber es muss noch mehr passieren, wenn wir angemessene digitale und datenschutzkonforme Lernmöglichkeiten und -angebote schaffen wollen. Die Lehrer*innenausbildung wollen wir deshalb von Anfang an auf die digitalen Herausforderungen ausrichten. Dafür müssen in der ersten und zweiten Phase digitale Lehr- und Lerninhalte ausgebaut werden, aber auch mit Qualifizierungsprogrammen sollen Lehrkräften die notwendigen digitalen Kompetenzen vermittelt werden.</p> <p>Bund und Land werden die Schulträger mit weiteren Investitionen in die digitale Infrastruktur, digitale Endgeräte und Medien unterstützen müssen. Außerdem wollen wir kommunale Medienzentren zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbetrieb ausbauen und bei der Einstellung gut qualifizierter IT-Mitarbeiter*innen finanziell unterstützen. Damit soll die Zeit, die Lehrer*innen mit der Wartung von IT verbringen, deutlich reduziert werden.</p>
CDU	<p>Neben der Anschaffung von Geräten sind der Support und die fortlaufende Qualifizierung der Lehrkräfte essenziell. Deshalb halten wir es für notwendig, mittelfristig entsprechendes Personal für die Schulen bereitzustellen, das ggf. übergreifend für mehrere Standorte diese Tätigkeit übernimmt. Hierzu könnten Modellprojekte (beispielsweise „Digitale Hausmeister“) in Abstimmung mit den Schulträgern entwickelt, umgesetzt und evaluiert werden, um zukunftsorientierte, tragfähige und auskömmliche Lösungen zu entwickeln. Hinsichtlich der Finanzierung gilt es zu prüfen, inwieweit Bundesmittel für Digitalisierung genutzt werden können, um nachgelagert die Finanzierung auf Landesebene bzw. über die Schulträger und Kreise langfristig zu etablieren.</p>
DIE LINKE	<p>Land und Bund unterstützen die notwendigen Investitionen mit besonderen Programmen. Für die nachhaltige technische Sicherstellung der Technik und den Support ist allerdings der Schulträger zuständig. Die Schulträger haben Medienzentren oder ähnliche Stellen zu errichten, die nicht nur den Support an den Schulen in guter Qualität sichern müssen, sondern auch Weiterbildungen in Bezug auf die angeschaffte Technik für Lehrkräfte anbieten sollen. Die erfolgreichen Modelle, die es in diesem Bereich bereits in einzelnen Landkreisen gibt, müssen auf alle Schulträger ausgedehnt werden. In der Umsetzung an der Schule sind unbedingt auch die neuen Assistenzen (pädagogische</p>

	Assistenz, Verwaltungsassistenzen) einzusetzen, um die Lehrkräfte von technischen Aufgaben möglichst weitgehend zu entlasten. Der weitere Ausbau dieser Stellen an den Schulen ist vorgesehen.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen verhindern, dass die Digitalisierung der beruflichen Bildung zu einer zusätzlichen Belastung für Lehrkräfte wird. Dafür müssen wir insbesondere bürokratische Hürden abbauen und Zuständigkeiten besser und klarer verteilen. Für die Ausstattung mit Hard- und Software muss das Land verlässliche und transparente datenschutzkonforme Rahmenbedingungen schaffen. Für die Betreuung und Wartung der Technik soll nicht der Lehrer, sondern möglichst externe Experten sein. Wir wollen dafür die Befugnisse der einzelnen Berufsschule so stärken, dass sie rechtlich, personell und finanziell in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich Verträge mit externen IT-Experten oder Betreuern der Berufstechnik zu schließen. So werden komplizierte Verwaltungsvorgänge über Träger oder Schulamt vermieden und die benötigten Kräfte können schnell zum Einsatz kommen.
SPD	Vgl. Antwort Frage 3

7. Welche Bedingungen werden Sie schaffen, um Fachlehrern für fachpraktischen Unterricht eine berufliche Weiterentwicklung und damit ggf. den Anspruch auf eine höhere Besoldung zu ermöglichen?	
AfD	Derzeit bieten die Thüringer Hochschulen keine adäquaten Angebote für eine entsprechende Weiterqualifizierung an. Zudem kollidieren die Qualifizierungsmaßnahmen immer wieder zeitlich mit der Tätigkeit als Fachlehrer im fachpraktischen Unterricht. Dadurch ist eine berufsbegleitende Weiterqualifizierung nicht möglich und die Lehrer müssten ihre Lehrtätigkeit für den Zeitraum der Nachqualifizierung aussetzen. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, dass Handwerks- und Industriemeister durch ein passendes berufsbegleitendes Aufbaustudium nicht nur für den fachpraktischen, sondern auch für den fachtheoretischen Unterricht an Berufsschulen eingesetzt werden können. Den berufsbegleitenden Aufbaustudiengang würden wir an der neu zu gründenden pädagogischen Hochschule ansiedeln, da die derzeitigen Hochschulen in Thüringen es seit Jahren nicht schaffen, ein entsprechendes Qualifizierungsangebot, welches berufsbegleitend durchgeführt werden kann, bereitzustellen.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, Fachlehrer*innen für den fachpraktischen Unterricht an berufsbildenden Schulen attraktive Bedingungen für ihre berufliche Weiterentwicklung zu bieten und ihnen den Anspruch auf eine höhere Besoldung zu ermöglichen. Unsere Maßnahmen umfassen eine umfassende Fort- und Weiterbildung sowie klare Karrierepfade und finanzielle Anreize. Wir werden ein breites Spektrum an Fort- und Weiterbildungsangeboten bereitstellen, die auf die spezifischen Bedürfnisse der Fachlehrer*innen zugeschnitten sind. Diese umfassen sowohl technische Schulungen als auch pädagogische Weiterbildungen, die durch zertifizierte Programme anerkannt werden. Mit der Teilnahme an diesen Programmen können Fachlehrer*innen Zusatzqualifikationen erwerben, die als Grundlage für eine höhere Besoldung dienen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die finanzielle Anerkennung von Zusatzqualifikationen und Weiterbildungen. Wir werden prüfen, wie die Besoldungsstruktur angepasst oder Leistungsprämien eingeführt werden können, um die berufliche Weiterentwicklung finanziell zu honorieren. Durch diese Maßnahmen wollen wir sicherstellen, dass Fachlehrer*innen an berufsbildenden Schulen in Thüringen nicht nur ihre beruflichen Ziele erreichen, sondern auch finanziell angemessen entlohnt werden. So tragen wir zur Sicherung der Qualität des Unterrichts und zur Motivation der Lehrkräfte bei.
CDU	Um die Besoldung von Fachlehrern für fachpraktischen Unterricht in Thüringen, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, fortlaufend attraktiv zu gestalten, ist es notwendig, ein rechtssicheres und bundesweit konkurrenzfähiges Aufstiegs-, Beförderungs- und Zulagensystem einzuführen. Darüber hinaus plädieren wir dafür, zu prüfen, inwieweit Modellprojekte umgesetzt werden können, die Lehrkräften ermöglichen, freiwillig ihren Beschäftigungsumfang über die durchschnittliche Pflichtstundenzahl hinaus zu erhöhen und entsprechend dafür honoriert zu werden (beispielsweise durch individuell vereinbarte Arbeitszeitkonten, Abgeltungstunden oder Zulagen).
DIE LINKE	Im Zusammenhang mit den unter 4. angesprochenen Maßnahmen zur Ausweitung und Fokussierung der beruflichen Weiterbildung müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, alle Fachpraxislehrer im Gehaltsniveau deutlich anzuheben.
FDP	Die Freien Demokraten haben sich bereits in dieser Legislaturperiode konkret für die Belange der Fachlehrerinnen und Fachlehrer eingesetzt. Obwohl die Fachpraxislehrer an den Berufsschulen fester Teil des Kollegiums sind und insbesondere in Zeiten des Lehrermangels Unterricht auch über die ihnen gesetzten gesetzlichen Grenzen hinweg absichern, werden sie noch schlechter bezahlt als ihre Kollegen, die Lehramt studiert haben. Wir Freien Demokraten wollten dies ändern und haben deshalb 7/7699 einen Vorschlag für

	<p>einen berufsbegleitenden Aufstiegsstudiengang für Fachlehrerinnen und Fachlehrer unterbreitet (Landtagsdrucksache 7/7699). Anstatt die Karriere von Fachlehrern im fachpraktischen Unterricht in einer Sackgasse enden zu lassen, schlagen wir damit einen Qualifikationsweg zur vollwertigen Lehrbefähigung vor, der nicht auf ein vollständiges Vollzeitstudium hinausläuft. Leider konnten wir uns mit diesem Vorschlag nicht durchsetzen. Wir werden uns in der nächsten Legislatur weiter für die Entwicklung eines transparenten Qualifizierungsweges einsetzen. Die Arbeit der aktuell im System befindlichen Fachpraxislehrer wollen wir honorieren und so eine Anpassung der Gehalts- bzw. Besoldungsstufe vor allem für diejenigen angehen, die bereits in der Vergangenheit Nachqualifizierungen absolviert haben, die sich nicht wie versprochen in der Bezahlung niederschlagen.</p>
SPD	Vgl. Antwort Frage 3

8. Wie stehen Sie dazu, dass es in Thüringen keine funktionslose Beförderung für Lehrer an berufsbildenden Schulen gibt und Thüringen damit unattraktiv für Berufsschullehrer ist? (Laufstall statt Laufbahn)	
AfD	Seit 2018 gibt es in Thüringen die funktionslose Beförderungssämter nicht mehr. Vorausgegangen waren mehrere Urteile von Thüringer Verwaltungsgerichten, die immer wieder auf eine gesetzlich geforderte funktionsgerechte Besoldung der Lehrämter hingewiesen haben. Vor diesem Hintergrund begrüßt die AfD Thüringen den Wegfall der funktionslosen Beförderung. Die Landesregierung hat es aber versäumt, eine ausreichende Anzahl von Funktionsämtern zu schaffen, damit Leistungsanreize geschaffen werden und höhere Besoldungsgruppen für Berufsschullehrer erreicht werden können.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sogenannte funktionslose Beförderungen, haben in der Vergangenheit immer wieder rechtliche Probleme aufgeworfen, da für ein und dieselbe Tätigkeit zwei Ämter oder Tarifgruppen zur Verfügung stehen. Nach dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung sind jedoch die Funktionen der Beamt*innen mit den ihnen verbundenen Anforderungen sachgerecht zu bewerten und einzelnen Ämtern zuzuordnen. Aus diesem Grund ist dieser Beförderungsweg seit 2018 nicht mehr möglich – und zwar für alle Lehrkräfte unabhängig von der Schulart, in der sie unterrichten. Zur Attraktivität des Lehrer*innenberufs gehören neben der Motivation Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, gute Arbeitsbedingungen aber auch eine angemessene Vergütung. In dieser muss sich auch Berufserfahrung und die Übernahme von Verantwortung widerspiegeln. Für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen trifft dies in Thüringen bisher nur unzureichend zu, da es hier wenig Aufstiegsmöglichkeiten in sogenannte Funktionsämter gibt. Hier sehen wir Handlungsbedarf und werden prüfen, wie die aktuellen Tarif- und Besoldungsmodelle hinsichtlich einer zeitgemäßen und gerechten Ausgestaltung angepasst werden können.
CDU	Wir plädieren, wie in Frage 7 bereits ausgeführt, für ein attraktives und konkurrenzfähiges Aufstiegs- und Beförderungssystem. Engagement und gute Arbeit sollen belohnt werden, denn dies wirkt motivierend und schafft neue Leistungsanreize.
DIE LINKE	Wir sind gern bereit, uns zu diesen Fragen mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden nochmals zu treffen und Meinungen auszutauschen. Sowohl die Kostenseite als auch die beamtenrechtliche Umsetzung stellen hier erhebliche Barrieren dar, die besprochen werden müssen.
FDP	Wir wollen mehr Aufstiegsperspektiven an der Schule schaffen. Karrieren darf es in unserem Bildungssystem nicht nur über den Umweg durch die Verwaltung geben. Wir wollen deshalb ein echtes Beförderungssystem an allen Schulen etablieren, um besonders engagierte Lehrkräfte, die sich z.B. berufsbegleitend in einem zusätzlichen Fach ausbilden lassen oder mehr Verantwortung, auch finanziell zu belohnen. Langfristig möchten wir gerade an den Berufsschulen den Schulleitungen mehr Freiraum geben, auch leistungsorientierte Bezahlung zu ermöglichen.
SPD	Vgl. Antwort Frage 3

9. In anderen Bundesländern sind staatliche berufsbildende Schulen wesentlich eigenständiger als in Thüringen. In welche Richtung sollen sich aus Ihrer Sicht die staatlichen berufsbildenden Schulen entwickeln?	
AfD	Die Forderung nach mehr Eigenständigkeit wird oftmals deswegen erhoben, weil das zuständige Ministerium und die Schulämter ihren Aufgaben nicht angemessen nachkommen. Deswegen setzt sich die AfD Thüringen dafür ein, dass zunächst die Ursachen angegangen werden. Die Schulämter zum Beispiel sollen personell gestärkt und von unnötiger Bürokratie befreit werden, damit sie ihre Aufgaben bewältigen können. Den Berufsschulen sollte hingegen mehr Freiraum gelassen werden, was Kooperationen mit lokalen Unternehmen angeht. Auch sollte bedarfsorientiert ein höheres Budget für berufsschulspezifische Fachbedarfe zur Verfügung gestellt werden.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Das Konzept der Eigenständigen Schule ist für uns Bündnisgrüne von großer Wichtigkeit. Daher setzen wir uns für ein Sofortprogramm „Eigenständige Schule 2035“ ein, was die individuellen Besonderheiten und Bedürfnisse der Schulen in den Blick nehmen soll. Darin wollen wir Ressourcen an Schulen schaffen, um eine individuelle Weiterentwicklung zu ermöglichen. Dafür sollen sie unbürokratische schuleigene Budgets und größere eigene Entscheidungsmöglichkeiten bei der Personalauswahl erhalten. Durch die Stärkung der Eigenständigkeit können berufsbildende Schulen ihre Bildungsangebote besser an die spezifischen Anforderungen der unterschiedlichen Berufsfelder anpassen. Dies führt zu einer höheren Qualität der Ausbildung und stellt sicher, dass die Schüler*innen bestens auf die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt vorbereitet sind. Wir möchten die Berufsschulstandorte zu berufsspezifischen Fach- und Kompetenzzentren weiterentwickeln. Davon erhoffen wir uns Synergieeffekte und Ressourcenbündelung. Welche rechtlichen Status diese Zentren haben sollen, möchten wir mit allen beteiligten Akteuren vor Ort gemeinsam erarbeiten.
CDU	Wir plädieren dafür, den berufsbildenden Schulen mehr Eigenständigkeit und Entscheidungshoheit als bisher zu ermöglichen.
DIE LINKE	Uns ist wichtig, dass die beruflichen Schulen die staatliche Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Die entscheidenden Zukunftsfragen der beruflichen Schulen sollten aber in diesem Rahmen angefasst und gelöst werden. Alle Probleme und Hindernisse müssen auf den Tisch, egal ob dies die Schulträger oder das Land betrifft, intensiv beraten und gelöst werden. Von einer Lockerung der staatlichen Verantwortung für die (staatlichen) Berufsschulen halten wir wenig. Natürlich sind wir aber – siehe unsere Antwort auf die Frage 1 – bereit, über alle Ideen für eine gute Entwicklung unserer beruflichen Schulen zu sprechen und gute Wege voranzutreiben. Hierzu kann auch gehören, die Regelungen des Schulfinanzierungsgesetzes und weiterer Rahmenseetzungen zu überprüfen und nach Regelungen zu suchen, die der Spezifik der beruflichen Schulen mit ihren stark differierenden Bedarfen an Investitionen in Technik, Software-Programme und Zusatzausrüstungen besser entsprechen und der Eigenkompetenz der Schulen mehr Spielraum geben. Hierzu ist die bestehende Abstimmung zwischen Land, Schulträgern und Kammern zu nutzen und auszubauen.
FDP	Für die Freien Demokraten ist die eigenverantwortliche (Berufs)Schule Kern der Reform der Thüringer Bildungslandschaft. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die derzeitige Aufgabenverteilung zwischen Land, Träger und Einzelschule zu wenige Freiräume schafft, um vor Ort flexibel auf alle Bedarfe reagieren zu können. Insbesondere im Bereich der Ausstattung und der Nutzung von Mitteln für Projekte und Personal fallen Entscheider und handelnder Akteur zu weit auseinander. Wir fordern deshalb mehr Befugnisse für Schulen, mehr Entscheidungsspielräume und endlich Budgets zur Selbstbewirtschaftung. Damit die so entstehenden neuen Aufgaben an jeder Schule abgedeckt werden können, wollen wir für die organisatorische Schulleitung Schulmanager mit geschäftsführendem und juristischem Sachverstand einstellen, die so die pädagogische Schulleitung entlasten kann. In aller Endkonsequenz wollen wir die Berufsschulen zu

	<p>teilrechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts machen, wie es bereits in anderen Bundesländern der Fall ist. Um einen ersten Schritt nach vorn zu kommen, haben wir mit der Drucksache 7/8915 ein Modellprojekt gefordert, dass ebenjene Eigenverantwortung für diejenigen Schulstandorte, die sich das zutrauen, zu ermöglichen.</p>
SPD	<p>Die zum Beispiel in Schleswig-Holstein praktizierte Stärkung berufsbildender Schulen durch Gewährung weitgehender Autonomie im Hinblick auf innere Organisation, Personalbewirtschaftung und Vertragsabschlüsse könnte für größere und stabile Schulstandorte im städtischen Raum durchaus reizvoll erscheinen. Sie löst aber die Probleme der überwiegend kleinen und durch anhaltend zurückgehende Schüler:innenzahlen zunehmend unter Druck geratenden Schulstandorte im ländlichen Raum nicht. Hier muss man aus SPD-Sicht anders herangehen und vor allem auf einen Standorterhalt durch Digitalisierung des Lehrens und Lernens sowie die dadurch mögliche Bildung standortübergreifender virtueller Fachklassen setzen.</p>

10. In anderen Bundesländern sind staatliche berufsbildende Schulen wesentlich eigenständiger als in Thüringen. In welche Richtung sollen sich aus Ihrer Sicht die staatlichen berufsbildenden Schulen entwickeln?	
AfD	<p>Lehrer in allen Schulen in Thüringen werden seit Jahren durch immer mehr bürokratische Pflichten belastet. Die AfD Thüringen setzt sich deswegen dafür ein, dass im engen Austausch mit dem Lehrpersonal eine Bestandsaufnahme durchgeführt und genau geprüft wird, welche bürokratischen Aufgaben wirklich gebraucht und welche reduziert bzw. abgeschafft werden können. Zudem setzt sich die AfD Thüringen schon seit Jahren für den flächendeckenden Einsatz von Schulverwaltungsassistenten in allen Schularten ein, die die Schulleiter und auch die Lehrer von den Verwaltungsaufgaben entlasten können.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Die zunehmende Belastung der Lehrer*innen an berufsbildenden Schulen durch Verwaltungs- und nichtpädagogische Aufgaben ist ein ernstes Problem und lässt sich vom pädagogischen Auftrag nicht immer sauber trennen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sicherstellen, dass sich Lehrkräfte auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren können. Wir wollen mehr Unterstützungspersonal, wie pädagogische Assistenzen und Schulverwaltungsassistenzen einstellen, um Lehrkräfte und Schulleitungen von bürokratischen Aufgaben zu entlasten. Auch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist wichtig: Moderne Verwaltungssoftware und Plattformen wie die Thüringer Schulcloud sollen administrative Tätigkeiten vereinfachen.</p>
CDU	<p>Ziel muss es sein, dass Lehrerinnen und Lehrer sich vollumfänglich auf das pädagogische Kerngeschäft konzentrieren können. Aus diesem Grund plädieren wir dafür, sie von Zusatzaufgaben und nichtpädagogischen Aufgaben weitestgehend zu entlasten. Realisiert werden kann dies durch die Implementierung von multiprofessionellen Teams inklusive Schulverwaltungsassistenzen an den Schulen. Dies würde die Pädagogen spürbar entlasten und mehr Raum für den Unterricht und die „Arbeit am Schüler“ schaffen.</p>
DIE LINKE	<p>Wie unter 5. bereits ausgeführt, hat die RRG Landesregierung durch den Ausbau der Schulsozialarbeit, durch den Aufbau von pädagogischen und Verwaltungsassistenzen, durch den von Land und Bund unterstützten Ausbau technischer Unterstützung seitens der Schulträger in der Digitalisierung Schritte ergriffe, die Belastung der Lehrkräfte von nicht unterrichtsbezogenen Aufgaben zu verringern. Für die Diskussion weiterer konkrete Vorschläge zur Verringerung solcher Aufgaben sind wir offen.</p>
FDP	<p>Immer mehr sind Lehrkräfte durch Aufgaben belastet, die nichts mit der eigentlichen Arbeit am Schüler zu tun haben. Wir wissen aus nationalen Bildungsstudien, dass sich viele Lehrkräfte in Teilzeit vorstellen könnten, mehr zu arbeiten, wenn diese Stunden nicht in weiteren unterrichtsfremden Aufgaben münden. Die Bekämpfung von Bürokratie ist also auch ein Hebel gegen die Bekämpfung des Lehrermangels. Wir Freie Demokraten wollen für den Bürokratieabbau auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Zum einen wollen wir durch klare Zuständigkeiten zwischen Schule, Träger und Land mit besonderem Fokus auf die Schule selbst Verwaltungswege verkürzen und Entscheidungsfindungen straffen. So sollte aus unserer Sicht das Schulbudgets in die Eigenbewirtschaftung überführt werden und alle verschiedenen landesseitigen Kooperations- und Projekttöpfe in einer einfachen, transparenten Förderstruktur erreichbar sein. Zum anderen wollen wir Lehrkräfte auf individueller Ebene von Bürokratie befreien. Wir fordern ein Verwaltungsmoratorium, bei dem alle Berichtspflichten und unterrichtsfremden Aufgaben auf Ebene der Lehrkräfte für ein Schuljahr ausgesetzt werden. Das gibt die Möglichkeit, im darauffolgenden Schuljahr Prozesse zu evaluieren, unnötiges zu streichen und neues effizient neu aufzubauen.</p>
SPD	<p>Siehe Antwort zu den Fragen 3. bis 8.</p>